

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 101. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

Zweite Ausgabe Donnerstag, 29. Februar 1912.

Verlagsgesellschaft für die Provinz Sachsen in Halle a. S. Druck und Verlag von Curt Thieme in Halle a. S.

Jugendpflege.

Die von dem preussischen Kultusminister dem Landtage mitgeteilte Denkschrift über die Jugendpflege in Preussen gibt eine umfassende Uebersicht über die seitens des Ministers gegebenen Anregungen und die in den einzelnen Regierungsbereichen getroffenen Einrichtungen. Das Ergebnis der bisherigen Arbeit für die Jugendpflege fasst der Minister in folgenden Ausführungen zusammen:

Sehr großer Wert wird von allen Sachverständigen mit Recht auf die Errichtung von Jugendheimen, Jugendheimen und Turnhallen gelegt, da diese Räume die Jugendpflege vom Gasthaus und von der Bitterung unabhängig machen und eine große Anziehungskraft auf die Jugendlichen ausüben. Auch in jeder Beziehung sind im vergangenen Jahre Fortschritte zu verzeichnen. Es wird beabsichtigt, diese Gründungen in Zukunft nach Möglichkeit auch durch Zuzunahme staatlicher Mittel in erhöhtem Maße zu unterstützen.

Die gegenwärtigen Wirkungen der vom Staat geförderten Maßnahmen können bei der Eigenart der Aufgabe naturgemäß erst nach Jahren gebührender unermüdlicher Arbeit voll in Erscheinung treten. Aber auch schon jetzt hat das bereitete Vorgehen von staatlichen, kommunalen und kirchlichen Behörden, von Vereinen aller Art und von Privatpersonen — wie die vorliegenden Darlegungen zeigen — einen merkwürdigen Fortschritt in der Entwicklung der Jugendpflege erreicht, der Folge gehabt. Viele von den vorhandenen naturländlichen Jugendvereinigungen der verschiedenen Richtungen haben durch die ihnen gewährte Unterstützung sich weiter ausbauen, ihre Mittel zur erheblichen Vermehrung der Jugend verbessern und vermehren, ihren Wirkungskreis erweitern können. Wo ein Bedürfnis dazu vorlag, sind auch neue Vereine entstanden, die einen Teil der bisher noch nicht versorgten Jünglinge heranzuziehen suchten. Auf diese Weise ist in der kurzen Zeit vom 1. April bis 1. Dezember 1911, also in acht Monaten, auch bezüglich der Zahl der von der Jugendpflege erfassten jungen Männer ein Fortschritt erreicht. Im 27 Regierungsbereichen, über die das Ergebnis bis Mitte Februar festgelegt werden konnte, waren am 31. März 1911 zusammen 469 937 aus der Schule entlassene männliche Jugendliche in Pflege. Diese Zahl ist in den betreffenden 27 Bezirken in der angegebenen Zeit auf 560 489 Personen, also um 90 552, d. h. um etwas über 19 p. c. gestiegen.

Diele entscheidenden Anfänge sind an sich durchaus befriedigend. Sie beruhen aber nur dann auf der Hoffnung auf ein stetiges geistliches Fortschreiten des der Wohlfahrt unserer Jugend gewidmeten Werkes, wenn ihm die Opferwilligkeit, die selbstlose Hingabe und Treue aller beteiligten Personen und Körperschaften aus weitester Kräfte erhalten bleibt, und wenn auch bisher noch fernstehende Erhalte ihn mehr und mehr ihre einmütige förderliche Teilnahme zuwenden.

Von dem vorhandenen Fonds sind den Regierungspräsidenten 918 791 Mk. zur Verfügung gestellt worden. Die Summe der von der Zentralinstanz direkt verwendeten Mittel betrug 52 784 Mk. Der Minister stellt schließlich fest, daß wegen Mangel an Mitteln zahlreiche wohlgegründete Anträge zurückgestellt werden mußten.

Der italienisch-türkische Krieg.

Vom Kriegsausbruch. Aus Bengali, 26. Februar, meldet die „Agenzia Stefani“: Gestern fand bei Savari außerhalb der italienischer Verteidigungslinie ein Schermüßel zwischen italienischer Kavallerie und Beduinen statt. Die Beduinen wurden zurückgeworfen; auf italienischer Seite wurde nur ein Pferd getötet. — Von den Italienern mit Hilfe von Flugzeugen unter den Beduinen verbreitete Flugblätter haben lebhafteste Erörterungen veranlaßt und man hat Anzeichen, daß anbauender Beduinen aus dem türkischen Lager desertieren.

Ferner meldet die „Agenzia Stefani“ aus Tripolis vom 27. cr.: Drei treffen andauernd flüchtige ein. Heute früh kamen 27 Personen mit Kindern und Kamellen an. Zwölf Männer, die mit Mauerwerkzeugen besetzt waren, übergeben den italienischen Offizieren des Postens Gabel ihre Waffen und Munition. Nach einer Meldung wurde eine andere Gruppe von Familien, die mit einer Viehherde sich auf dem Wege nach Tripolis befanden, am 25. Febr. von den Türken angegriffen, die durch Genesener zwei Personen töteten, drei verwundeten und das Vieh mit sich nahmen. Die Bewegung unter den Arabern, sich unter dem Schutz der Italiener zu stellen, wird zweifellos jetzt infolge der Bewegung des Wegzuges noch stärker werden, denn dieser gefährdet den Arabern zum Wece hin einen freien, ungehinderten Handelsverkehr, den die Italiener gegen die Angriffe der Türken und Araber geschützt haben. Die Araber von Djebel, die seit längerer Zeit schon wünschten, unter der italienischen Flagge Kriegsdienst zu tun, sandten einige Familien als Unterpfand der Treue nach Tripolis. Von diesen Arabern wurde eine Truppe von 120 Mann gebildet, die von fünf eigenen Befehlshabern und fünf Intendanten unter der Leitung eines italienischen Leutnants von den Alpenjägern kommandiert wird.

Bei Redaktionschluss läuft noch folgendes Telegramm aus Tripolis, 28. Februar, 12 1/2 Uhr mittags ein: Die letzte Nacht auf der Höhe von Mergah ist ruhig verlaufen. Alle Verwundeten, deren Zustand dies erlaubte, sind auf das Hospitalgeschiff „Regina d'Italia“ gebracht worden. Die Arbeiten zur Besserung und Verärgerung der eroberten Stellungen schreiten rüstig vorwärts.

Die Meldung eines Berliner Blattes, der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel, Balbiano, habe dem türkischen Minister des Auswärtigen, Nispeti, die Versicherung abgegeben, daß die Italiener die Araber nicht forcieren würden, wird an maßgebender Stelle in Konstantinopel als völlig unrichtig bezeichnet.

Immer wieder Friedensklänge. Die römische „Tribuna“ schreibt: „Wir erfahren, daß auf die Initiative Aulunds hin, um das Ende des italienisch-türkischen Krieges zu beschleunigen, natürlich auf der Grundlage der italienischen Souveränität über Tripolis, ein Gekankenaustausch unter den Großmächten im Gange ist, die alle von dem Wunsche befehle sind, zu diesem Ergebnis beizutragen.“

Nach Informationen der Presse soll der Vorschlag des russischen Ministers des Auswärtigen dahin gehen, in Konstantinopel und Rom Schritte zu unternehmen, um die Friedensbedingungen kennen zu lernen.

Deutsches Reich.

Die Arbeiten der Strafrechtskommission. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, hat die Strafrechtskommission nach Abschluß der Beratungen über den allgemeinen Teil des Vorentwurfs eine Gesamtredaktion der bisherigen Beschlüsse vorgenommen. Das geschieht unter anderem herab, daß die innererzt vorherhaltene Bestimmung über die Einteilung der strafbaren Handlungen nachgeholt worden ist. Die Einteilung unterteilt sich infolge der Aufnahme der Gafit des geltenden Rechts als vierter Freiheitsstrafe von der des Vorentwurfs nicht unerheblich und entspricht im wesentlichen dem geltenden Recht. Jedoch wird die Feststellungsfrist durch die Einschließung ersetzt. Mit Geldstrafe bedrohte Handlungen gelten erst dann als Vergehen, wenn die Strafandrohung 500 Mark übersteigt. Alle mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit Haft bedrohten Straftaten sollen Uebertretungen sein. Die Höchstdauer der Gafit ist von sechs Wochen auf drei Monate heraufgesetzt. Die Kommission hat ferner eine Bestimmung eingetellt, wonach in den Fällen, wo das Gesetz dem Richter die Wahl zwischen Freiheitsstrafe verschiedener Art läßt, auf Zuchthaus nur erkannt werden darf, wenn die Tat auf erschwerender Umstände beruht, dagegen auf Einschließung zu erkennen ist, wenn die Tat weder auf erschwerender noch verwehrender Umstände beruht.

Deutschland und Bulgarien. Die bulgarische Kammer hat die mit Deutschland abgeschlossenen Kontrakte, Beihilfe- und Auslieferungsverträge sowie die weitere Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland bis 1917 angenommen.

Chinas diplomatische Vertretung in Berlin. Herr Liang-Cheng, der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Chinas in Berlin, befindet sich, so schreibt die „A. G. C.“, in einer eigentümlichen Lage. Vor anderthalb Jahren, am 4. August 1910, wurde er als kaiserlich chinesischer Gesandter beim deutschen Reich beglaubigt. Richtig aber hat er, auf Befehl aus Peking, dem Auswärtigen Amte in Berlin die dienstliche Meldung erlassen müssen, daß das Kaiserreich in China durch die Republik ersetzt und er von nun an deren Vertreter sei. Weitererlichem Brauche zufolge kam Herr Liang-Cheng indessen in Berlin erst dann als diplomatischer Vertreter der Republik China ansetzen, wenn die chinesische republikanische Regierung nachweislich die tatsächliche Gewalt in Händen hat und sie von den Großmächten anerkannt wird. Inzwischen muß sich Herr Liang-Cheng, der sich viele Sympathien in Berlin erworben hat, mit der Rolle eines offiziellen Agenten begnügen, — die bereits durch erkennbar geworden ist, daß er keine Einwirkung mehr auf den letzten Posten erhalten hat. Herr Liang-Cheng hat im übrigen keine Zweifel daran gelassen, daß seine Zurückziehung der neuen Staatsform seines Vaterlandes und dessen Ansehens auf die ausländische Kultur gilt. Als er das letzte Mal mit dem übrigen diplomatischen Korps am Geburtstage des Kaisers, dem 27. Januar, zur Gala-Feier erschien, hatte er zwar noch die hiesige feierliche Begegnung angestrebt, — aber sein Kopf war vermindert. Und jetzt läßt er, und seinem Beispiele ist das übrige Gesandtschaftspersonal gefolgt, europäische Kleidung, — mit Vorliebe den schwarzen Gehrock, der ungenügend nüchtern und häßlicher wirkt als die feineren Übergangsformen von ehemals. Chinas Diplomatie europäisiert sich. . . .

Liberaler Massenansturm. Im Berliner Jugendverein „Eugen Richter“ hat der freimüthige Reichstagsabgeordnete Professor v. Hitz in einem Vortrage jedoch den Mächtigsten Widerspruch geltend. So behauptete er u. a.: „Aus den Massen heraus kommen immer neue Kräfte, die die Menschheit vorwärts treiben.“ Solche Behauptungen kennzeichnen den heutigen Liberalismus: denn dessen Beruf scheint es geworden zu sein, um die Kunst der großen Massen zu bilden, die bei den Reichstagswahlen den Ausblick

geben. Es gibt aber liberale Acker, die zuweisen verstehen, daß der Liberalismus von heute den Massenbedürfnis zu fliegen hat. In einem Bericht über den Kölner Karneval enthielt dieser Tage der „Frankfurter Zeitung“ folgendes Bekanntnis: „Die Masse läßt sich für ein Nichts gewinnen; es bedarf dazu nur der Ausdauer und der großen Pause. Wo ständig „bum, bum“ gemacht wird, da fröhnt die Masse aufzumen, und die Masse zieht dann von selbst neue Massen an.“ Ein hübscher Kommentar zu der Bezeichnung des genannten Universitätsprofessors, der die vorwärtstreibenden Kräfte aus den Massen kommen läßt. Von einem Manne der Wissenschaft, als welcher der Reichstagsabgeordnete von Hitz trotz seines Freisims doch wohl angesehen werden will, sollte man eigentlich verlangen können, daß er das Gegenteil von dem erkannt haben müßte, was er behauptet; daß nämlich im Leben der Völker in der Kunst wie in der Wissenschaft im Wirtschaftsleben und in der Technik die vorwärtstreibenden neuen Kräfte niemals aus den Massen kommen, sondern immer nur von einigen wenigen gottbegnadeten Einzelnen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 28. Februar 1912.

Am Ministerfisch Bundesminister Dr. Sydow, Präsident Herr v. Erla eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Zunächst wurde die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt beim Kapitel „Gewerbliches Unterrichtswesen“.

Herr Felsch (Konf.): Wir halten es für sehr wünschenswert, wenn die akademisch gebildeten Lehrer an den Vaugewerbeschulen sich auch in der Praxis des Vaugewerbes umgesehen haben. Auch die Lehrer ohne akademische Bildung, die aus der Vaugewerks hervor gegangen sind, sollten nicht vollständig verfahren.

Ministerialdirektor Dr. Neuhaus: Bei der Fortbildung der akademischen Lehrer wird darauf Bedacht genommen, daß sie auch eine praktische Ausbildung erhalten.

Herr Giesja (Ztr.): Die Gewerbefreiheit hat das Kaufamt mit einer großen Anzahl von Bauunternehmern überschritten, die mangelhaft ausgebildet, die Ausführung der Bauten übernehmen. Ihnen verbanden wir die schärfsten Meisterstufen in den Großstädten. Wir legen das Schwerkraft darauf, daß die künstlerische Ausbildung der Vaugewerksmeister besonders berücksichtigt werde.

Herr Felsch (Konf.): Ich betonte nochmals die Notwendigkeit, aus der Praxis hervor gegangene Lehrer anzustellen. Die heimische Baumeister sollte an den Vaugewerksmeister besonders gepflegt werden.

Herr Rieber (Nat.): Ich trat für Gleichstellung der akademischen Lehrer an den Vaugewerkschulen mit den Oberlehrern ein.

Herr Dr. v. Bonna (Ztr.) bemerkte gegenüber einer Aeußerung des Herrn Felsch, daß an die Vaugewerksmeister in der Stadt größere Anforderungen gestellt werden als auf dem Lande.

Herr Dr. Schröder-Gafel (Nat.) beantragte die unzulässigen Minderheiten an der Kunstgewerkschule in Kassel.

Herrmann Dönhoff (agte Prüfung und eventuell Absätze zu Herr Felsch (Konf.): Die Fortbildungsschulen sind für die Förderung des Handwerks eine Notwendigkeit. Sie haben insbesondere auch die Aufgabe, die Meisterkurse, die immer mehr andauern, zu erlegen. Mit der Verdrängung von Strafen gegen die Fortbildungsschulen, sollte nicht, auf rigoros vorgehen.

Herr Dr. Schupp (Vortf. Sp.): Die Vaugewerkschule hat sich als ein Segen erwiesen. Auf der Förderung, die Fortbildungsschule einheitlich zu regeln, halten wir fest. Die Konventionen und das Zentrum haben durch ihre eigenartigen Festhalten an der Förderung des obligatorischen Religionsunterrichts das Fortbildungsschulgesetz zu Fall gebracht, was im Interesse des Mittelstandes zu bedauern ist. Auch für die weitläufige Jugend sind Fortbildungsschulen notwendig.

Minister Dr. Sydow: Was die Frage der etwaigen Wiedereinbringung des Fortbildungsschulgesetzes betrifft, so habe ich nicht die Absicht, die vorliegenden Bedenken wieder zu eröffnen oder zu bringen. Das hindert mich nicht, auf den Weg, den ich im vorigen Jahre betreten habe, weiterzugehen. Inwiefern hat die Reichsregierung bestimmt, daß die Gemeinden durch Christentum obligatorische Fortbildungsschulen errichten können. Wenn sie dies tun, dann sollen sie Staatszuschüsse erhalten. Auf diesem Wege treiben wir wirklich praktische Handwerkspolitik.

Herr Dr. Dingmann (Nat.): Die Zeit nach 8 Uhr abends halten wir nicht für den Unterricht geeignet, weil die Schüler da ermüdet sind. Eine einheitliche Ausbildung der Lehrer wäre sehr wünschenswert.

Herr Hammer (Konf.): Das Fortbildungsschulgesetz ist nicht an der Förderung des obligatorischen Religionsunterrichts gescheitert, sondern deshalb, weil die Mehrheit, die vor auch die Konventionen gehörten, verlangte, daß auch der Kultusminister hinzugezogen werden solle. Der Handelsminister erklärte, daß er dem nicht zustimmen könne.

Herr Dr. Glattefcher (Ztr.): Die Fortbildungsschüler müssen auch in religiöser Beziehung gefördert werden, denn eine Religion keine Züchtlichkeit.

Main table containing various stock market listings, including sections for 'Ostsch. Fds. u. Staats-Pap.', 'Preussische Rentenbriefe', 'Eisenbahn-Stamm-Aktien', 'Kleinfonds u. Pfandbriefe', 'Schiffahrts-Aktien', 'Eisenbahn-Prioritäts-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Wechselskurse'. Each section lists company names, stock types, and their respective prices.